

Kapitel 2: In die Zukunft wirtschaften



45. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
20. - 22. November 2020, Karlsruhe - DIGITAL

Antragsteller*in: Cathérine Lehmann (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu GSP.W-01

Von Zeile 6 bis 8:

planetaren Grenzen einhält. Dafür braucht es den Wandel hin zu einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft, die ~~Wachstum~~ Suffizienz, Konsistenz, Effizienz, fairen Wettbewerb und Innovation als Mittel zur Erreichung von mehr Lebensqualität für alle Menschen nutzt, weltweit und für zukünftige

Begründung

Um den Begriff des Wachstums aufgrund mangelnder Haltbarkeit aus dem Grundsatzprogramm entfernen. In diesem Fall könnte er einfach weggestrichen oder gegen die drei Nachhaltigkeitskonzepte (Suffizienz, Konsistenz und Effizienz) ausgetauscht werden. Nur die Effizienz zu erwähnen ist auch nicht logisch oder vollständig.

Egal, ob man den Argumenten und den wissenschaftlichen Ausarbeitungen über Postwachstum folgt oder nicht, der Glaube an ewiges Wachstum und an eine technische Wunderlösung für alle Probleme ist wissenschaftlich und mit logischem Menschenverstand auf einem begrenzten Planeten und mit einem gewissen inter- und intragenerationellem Gerechtigkeitsanspruch nicht haltbar.

Weitere Hintergrundinfos:

Es ist wissenschaftlich nicht belegbar, dass ein grünes Wachstum möglich, d.h. mit den planetaren Grenzen vereinbar ist.^[1] Vor allem in Ländern wie Deutschland, in denen der global „gerechte“ Pro-Kopf-Verbrauch an Ressourcen/Umweltschäden/Emissionen seit Jahrzehnten stark überschritten wird, müsste eine extreme Effizienzsteigerung stattfinden, um Umweltschäden von Wirtschaftswachstum zu entkoppeln.^[2] Zudem ist es inzwischen gemeinhin bekannt, dass das Bruttoinlandsprodukt, welches in der Regel als Maßgröße für Wirtschaftswachstum UND Wohlstand herangezogen wird, Wohlstand nicht angemessen darstellt.^[1] Es ignoriert unter anderem die begrenzten Ressourcen des Planeten und wichtige Leistungen für das Gemeinwohl wie häusliche Pflege und Erziehung.

Bei der Orientierung auf Wachstum wird gerne ignoriert, dass auch aus volkswirtschaftlicher Perspektive in vielen Ländern inzwischen eine sogenannte sekuläre Stagnation stattfindet.^[3] D.h. selbst Ökonomen bezweifeln, dass endloses Wachstum möglich ist.

Es ist sehr realistisch, dass die Wirtschaftsleistung in Deutschland (und anderen reichen Ländern) schrumpfen wird, entweder aus ökonomischen Gründen oder weil die planetaren Grenzen sonst nicht eingehalten werden können. Da unsere Sozialsicherungssysteme in ihrer derzeitigen Ausgestaltung vom Wirtschaftswachstum abhängig sind, müssen wir deren Strukturen frühzeitig umgestalten, um sie wachstumsunabhängig zu machen.

Die derzeitige Wachstumsorientierung des Grundsatzprogramms widerspricht damit der im Programm geforderten Vorsorge und Resilienz.

Grüne Technologien sind zudem immer mit Ressourcenverbrauch verbunden, die die Lebensverhältnisse von Menschen (meist in ärmeren Ländern) bedrohen – man denke z. B. an den Lithium-Abbau für Elektroautos – welche im Grundsatzprogramm ebenso nicht ausreichend bedacht werden.

[1] Petschow, U., Lange, S., Hofmann, D., Pissarskoi, E., aus dem Moore, N., Korfhage, T., ... Ott, H. (2018a). Gesellschaftliches Wohlergehen innerhalb planetarer Grenzen - Der Ansatz einer vorsorgeorientierten Postwachstumsposition. Verfügbar unter <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/vorsorgeorientierte-postwachstumsposition>

[2] Jackson, T. (2016). Prosperity without Growth: Foundations for the Economy of Tomorrow (2nd ed.). London: Routledge.

[3] Jackson, T. (2019). The Post-growth Challenge: Secular Stagnation, Inequality and the Limits to Growth. Ecological Economics, 156, 236–246. <https://doi.org/10.1016/j.ecolecon.2018.10.010>

weitere Antragsteller*innen

Tobias Balke (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Jan Priegnitz (KV Dessau-Rosslau); Hannah Weiser (KV Odenwald-Kraichgau); Andreas Müller (KV Essen); Cedric Jürgensen (KV Leipzig); Gerhard Gebhard (KV Odenwald-Kraichgau); Delphine Scheel (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Jürgen Hess (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Hans Joachim Lehnert (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Wera Eiselt (KV Frankfurt); Julia Müller (KV Krefeld); Daniel Eichhorn (KV Leipzig); Sabine Hebbelmann (KV Odenwald-Kraichgau); Ingrid Bäumlner (KV Cochem-Zell); Ralf Henze (KV Odenwald-Kraichgau); Moritz Darge (KV Mülheim); Sigrid Pomaska-Brand (KV Mark); Gregor Kaiser (Olpe KV); Philipp Schmagold (KV Kiel); sowie 2 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.